

(20.04.2017. –04.05.2017)

# Grüner Pressespiegel

*Nicole Maisch, MdB*

## **04.05.2017 - Für eine rundum gute Geburt: Hebammen stärken, Familien nicht allein lassen**

Zum internationalen Hebammentag am 5. Mai erklärt Nicole Maisch, Sprecherin für Verbraucherpolitik:

Ohne Hebammen geht es nicht. Die Politik muss deshalb die nötigen Rahmenbedingungen dafür schaffen, dass der Beruf weiterhin attraktiv bleibt. Hebammen brauchen gute Arbeitsbedingungen und eine angemessene Bezahlung.

Die meisten Frauen und Familien wünschen sich eine verlässliche Betreuung während und nach der Geburt durch eine Hebamme ihres Vertrauens. Sie wollen gut beraten werden und ihre Entscheidungen in Ruhe treffen. Die Realität sieht leider anders aus: Hebammen müssen in Kreißsälen häufig mehrere Geburten gleichzeitig betreuen. Einzelne Kliniken, besonders in Ballungsräumen, müssen Schwangere abweisen, weil die Kreißsäle überfüllt sind. Für die Wochenbettbetreuung müssen Frauen in manchen Regionen lange nach einer Hebamme suchen.

Die grüne Bundestagsfraktion will die Situation für Schwangere und frischgebackene Eltern verbessern und hat deshalb umfassende Reformvorschläge rund um die Geburt vorgelegt. Zukünftig sollen Hebammen, die sich in unterversorgten Regionen niederlassen, einen Zuschlag erhalten. Außerdem wollen wir sicherstellen, dass jede Schwangere während wesentlicher Phasen der Geburt 1:1 durch eine Hebamme betreut werden kann. Dafür muss ausreichend Personal in den Kreißsälen vorhanden sein. Dies wollen wir durch ein verpflichtendes Personalbemessungsinstrument für Kreißsäle erreichen. Um natürliche Geburten zu fördern, wollen wir die Anreize für unnötige Kaiserschnitte in den Kliniken senken und die Einrichtung von hebammengeleiteten Kreißsälen fördern.

*Nicole Maisch, MdB & Friedrich Ostendorff, MdB*

## **03.05.2017 - Tierschutzgesetz nicht weiter ignorieren – Schweinehaltung grundlegend verbessern**

Zum aktuellen Rechtsgutachten im Auftrag von Greenpeace zur tierschutzrechtlichen Zulässigkeit der vorherrschenden Haltungsbedingungen von Mastschweinen erklären Nicole Maisch, Sprecherin für Tierschutzpolitik, und Friedrich Ostendorff, Sprecher für Agrarpolitik:

Wir begrüßen das Engagement von Greenpeace. Die Agrarpolitik der großen Koalition beugt das geltende Tierschutzrecht auf Kosten der Tiere. Das staatlich

toleriertere Leid in der intensiven Tierhaltung ist nicht länger hinnehmbar. Die Tierschutznutztierhaltungsverordnung muss grundlegend überarbeitet werden. Den Bedürfnissen der Tiere nach ausreichend Platz, Beschäftigung und artgerechter Ernährung muss endlich Rechnung getragen werden. Wir brauchen eine Strategie für den Ausstieg aus diesem nicht zeitgemäßen Haltungssystem.

Aus dem Landwirtschaftsministerium dröhnt einmal mehr nur bauernverbandstreue Stille. Das von Minister Schmidt geplante Tierwohllabel ist Makulatur. Vollspaltenböden aus Beton, kupierte Schwänze und vierwöchige Kastenstandhaltung in der Säugezeit – all das soll nach Schmidtscher Logik als Tierwohl verkauft werden. Dass die Tierschutzorganisationen da nicht länger mitmachen, ist klar.

Wir müssen eine Tierhaltung der Zukunft entwickeln, die auch eine angemessene Wertschöpfung für die Bäuerinnen und Bauern generiert. Das ist in der Exportstrategie von Minister Schmidt aber nicht vorgesehen. Billigproduktion zu Weltmarktpreisen und Tierschutz gehen nicht zusammen. Auch aus dem SPD-geführten Umweltministerium kommen zwar vollmundige Ankündigungen, die bestehenden Handlungsspielräume werden jedoch nicht genutzt.

Ohne uns Grüne wird es keine Landwirtschaft geben, die wertschätzend mit den Tieren und schonend mit der Umwelt umgeht. Es ist gut, dass der grüne Berliner Senator für Verbraucherschutz Dirk Behrendt eine Normenkontrollklage prüft.

*Karin Müller, MdL & Landkreis GRÜNE*

## **26.04.2017 - Ökolandbau im Landkreis Kassel weiter auf Wachstumskurs**

„Der Ökolandbau bei uns im Kasseler Landkreis ist weiter auf dem Vormarsch“, freuen sich Karin Müller, GRÜNE Landtagsabgeordnete für den Landkreis Kassel sowie die Vorstandssprecherin der Landkreis GRÜNEN, Susanne Regier. „Der Ökoaktionsplan unserer grünen Umweltministerin Priska Hinz und die verstärkte Förderung des Ökolandbaus haben sich in der Praxis bewährt“, erklären Müller und Regier. „In den letzten drei Jahren ist die Bioanbaufläche im Landkreis Kassel um 890 Hektar angewachsen. Damit haben wir nun insgesamt 3.771 Hektar ökologisch bewirtschaftete Fläche im gesamten Landkreis. Das ist für uns GRÜNE ein gutes Zeichen für erfolgreiche Landwirtschafts- und Umweltpolitik und dass der Ökoaktionsplan wirkt. Unsere Betriebe sehen Zukunftschancen in der

Umstellung auf biologische Bewirtschaftung und nutzen die guten Anreize zur Ökolandbauförderung.“ Die Antwort des Hessischen Umweltministeriums auf eine Kleine Anfrage der GRÜNEN Landtagsfraktion schlüsselt die Zuwächse beim Ökolandbau in den einzelnen Landkreisen und Stadtgebieten auf. Demnach sind in allen Regionen die Flächenanteile beim Bioanbau gestiegen. „Die Betriebe in unserem Landkreis haben das Marktpotential im Bio-Bereich erkannt und tragen viel dazu bei, das Bio in Hessen weiter boomt. Es hat sich offensichtlich herumgesprochen, dass es sich lohnt, in Hessen Biobauer zu werden.“, so Müller und Regier weiter. „Die Menschen fragen ganz aktiv nach ökologisch erzeugten Lebensmitteln aus heimischer Produktion – dieser Nachfrage kommen wir mit der aktuellen Entwicklung im Ökobereich immer besser nach. Deshalb wollen wir auch weiterhin dafür sorgen, dass mit einer verlässlichen Förderung, guter Beratung und stabiler Planungssicherheit die ökologische Landwirtschaft erfolgreich vorangebracht wird.“

*Karin Müller, MdL & Landkreis GRÜNE*

**26.04.2017 - Baunatal gewinnt bei der Innenstadt-Offensive ‚Ab in die Mitte!‘ mit dem Projekt ‚Summer in the City‘**

„Unsere Stadt soll lebendig sein. Dafür benötigen wir auch einen attraktiven Innenstadtbereich, in dem sich alle wohl fühlen und sich gern aufhalten. Wir freuen uns, dass ‚Summer in the City‘ mit seinem kreativen Konzept für eine lebendigere Innenstadt die Jury der Innenstadt-Offensive ‚Ab in die Mitte!‘ überzeugen konnte. Das Baunataler Konzept sieht einen Sandstrand mitten in der Innenstadt vor, der zum Burgenbauen und Beachvolleyballspielen einlädt. Mit dem Preisgeld in Höhe von 15.000 Euro kann die Initiative jetzt durchstarten und noch mehr Schwung nach Baunatal bringen“, erklären Karin Müller, GRÜNE Landtagsabgeordnete für den Landkreis Kassel sowie die Vorstandssprecherin der Landkreis GRÜNEN, Susanne Regier. „Wir brauchen neue Ideen wie ‚Summer in the City‘, um die Anziehungskraft von Innenstädten weiter attraktiv zu gestalten und negativen Entwicklungstendenzen wie leer stehenden Wohnungen und Geschäftsräumen im Ortskern entgegen zu wirken. Lebendige Innenzentren mit kreativen Geschäftsideen, grüne Oasen in der Stadt und attraktive Veranstaltungen für ein breit gefächertes Publikum sind entscheidend für die Lebensqualität und das Gemeinschaftsgefühl in einer Gemeinde“, so Müller und Regier.

Das diesjährige Motto ‚Mein Herz schlägt regional‘ der Innenstadt-Offensive hat großes Potential in den Kommunen geweckt. Fünfzehn Projekte von insgesamt 24 Bewerbungen wurden in diesem Jahr als hessische Landessieger ‚Ab in die Mitte!‘ ausgewählt, die als Preisgeld Fördermittel in Höhe von insgesamt 160.000

Euro erhalten. Das Geld soll die Gewinnerprojekte bei der Umsetzung ihrer Ideen unterstützen. „Die Innenstadt Offensive motiviert neue Lösungen zu finden, Stadtzentren wieder zu beleben. Denn mitten in der Stadt einkaufen, leben, Freizeit verbringen und arbeiten, das sind die Grundpfeiler einer lebendigen Stadt“, erläutert Müller. „Das diesjährige Motto ‚Mein Herz schlägt regional‘ sensibilisiert für Lebensmittel aus der Region, stärkt die ansässigen Betriebe, fördert kulturelle Angebote und bindet die Menschen vor Ort aktiv ein.“

*Nicole Maisch, MdB & Friedrich Ostendorff, MdB*

**26.04.2017 - Tierwohllabel: Schmidtsches Wohlfühllabel ohne echte Verbesserung für die Tiere scheitert**

Zu den Berichten über das geplante staatliche Tierwohllabel erklären Nicole Maisch, Sprecherin für Verbraucherpolitik und Tierschutzpolitik und Friedrich Ostendorff, Sprecher für Agrarpolitik:

Das Label von Minister Schmidt ist gescheitert. Sein Vorschlag eines freiwilligen Labels ist ein Feigenblatt, um die gesellschaftliche Diskussion zu befrieden. Bezeichnenderweise wendet sich nun auch der Deutsche Tierschutzbund von Schmidts Vorschlag ab. Offenkundig ist: Die Kriterien zur Verbesserung der Tierhaltungsbedingungen sind zu lasch und riechen allzu sehr nach Wahlkampf. Er ignoriert den Wunsch der Verbraucher nach mehr Tierschutz und sorgt nicht dafür, dass es den Tieren in diesem Land besser geht. Minister Schmidt versucht, sich mit diesem Vorstoß irgendwie über die Legislatur zu retten und sein Scheitern zu vertuschen.

Auch die SPD hat nicht genügend Druck auf den Koalitionspartner ausgeübt, um den Tieren zu helfen. Seit Beginn der Legislatur boomt der Langstreckentransport von Tieren, das Töten von Millionen von Eintagsküken geht weiter und bei den Bedingungen in den Ställen hat sich nichts nennenswert verbessert.

Damit geben wir uns nicht zufrieden. Für uns ist klar: Die geltenden gesetzlichen Mindeststandards für die Tierhaltung sind viel zu niedrig um eine tiergerechte Haltung zu ermöglichen. Wir Grüne fordern eine Agrarwende: spürbare Verbesserungen für die Tiere und eine Haltungskennzeichnung wie bei den Eiern für alle tierischen Produkte.

*Nicole Maisch, MdB*

**24.04.2017 - Zucker in Fertigprodukten: Bundesregierung verweigert Hilfestellung für Verbraucher**

Zur aktuellen Warnung von Stiftung Warentest vor zu hohem Zuckergehalt vieler Fertig-Lebensmittel erklärt Nicole Maisch, Sprecherin für Verbraucherpolitik:

Die Zahlen sind erschreckend. Zu vielen Menschen ist kaum noch bewusst, wie viel Zucker sich über den Tag verteilt in Fertigprodukten anhäuft und wie ungesund diese Zuckermassen sind. Die Zahl der Übergewichtigen nimmt in Deutschland zu - 59 Prozent der Männer und 37 Prozent der Frauen sind übergewichtig. Wie vor allem Kinder gefährdet sind, dokumentiert auch der aktuelle Bericht der Deutschen Gesellschaft für Ernährung. Übergewicht führt zu vielfältigen Gesundheitsproblemen und verschlechtert die Lebensqualität.

Vor fast zwei Jahren hat der Bundestag die Bundesregierung aufgefordert, eine nationale Strategie vorzulegen - für die Reduktion von Zucker, Fetten und Salz in Fertigprodukten. Passiert ist seit dem fast nichts: auf einen versprochenen Zwischenbericht durch Ernährungsminister Schmidt warten wir seit Monaten. Auch zielorientierte Gespräche mit der Wirtschaft hat das Bundesministerium nicht durchgeführt. Eine gut gemachte farblich unterlegte Nährwertampel würde den Verbraucherinnen und Verbrauchern helfen, schnell zu erkennen, ob zu viel Zucker, Salz oder Fett enthalten sind. Aber hier blockiert das CSU geführte Ernährungsministerium seit Jahren.

Auch eine fehlende Regelung in der EU-Health-Claims-Verordnung führt seit Jahren dazu, dass die Lebensmittelwirtschaft Verbraucherinnen und Verbraucher mit Gesundheitswerbung in die Irre führen können. Auf der Verpackung wird zum Beispiel mit gesundheitsfördernden Vitaminen geworben, allerdings enthalten die Produkte gleichzeitig zu viel Zucker, Fett und Salz, sodass sie nicht den Kriterien der Weltgesundheitsorganisation (WHO) für ausgewogene Lebensmittel entsprechen. Auch hier hat das Bundesernährungsministerium seit Jahren keine Verbesserung erzielt.

Wir fordern die Bundesregierung auf, endlich eine nationale Strategie vorzulegen, eine bessere Nährwertkennzeichnung auf den Weg zu bringen und eine Nachbesserung bei der EU-Health-Claims-Verordnung herbeizuführen.

#### *Kreisverband*

#### **24.04.2017 - Kasseler Grüne stimmen Koalition zu**

Bei der Mitgliederversammlung am vergangenen Donnerstag stimmten über 90% der etwa 60 anwesenden Kasseler Grünen für den Koalitionsvertrag mit SPD und Liberaler Liste. „Wir hatten eine sehr gute Debatte, haben kritische Punkte mit grünen Inhalten abgewogen und am Ende ein geschlossenes Votum bekommen, den Vertrag zu unterzeichnen.“ sagen Vanessa Gronemann und Boris Mijatovic, die Sprecher des grünen Kreisverbandes. Nach einem Jahr der wackeligen Mehrheiten sei es gut, dass im Stadtparlament wieder Verantwortung übernommen werde. „Wir sind entschlossen mit der

Koalition, Kassels positive und dynamische Entwicklung mit neuen Impulsen zu gestalten.“

„Für die Stadt Kassel werden wir die Kinderbetreuung und gute Bildungsangebote weiter ausbauen, Schulgebäude sanieren und beim Stadtfrieden auf die ausgewogene und vor allem weltoffene Entwicklung achten. Diskriminierung und Ausgrenzung haben in Kassel keine Chance.“ sagt Mijatovic. Positiv von den grünen Mitgliedern bewertet wurde auch das klare Bekenntnis zur Neuaufstellung der Kulturpolitik in Kassel. „Die Stadt Kassel hat ein tolles Potential im kreativen und kulturellen Bereich. Das müssen wir mit entsprechenden Räumen fördern und setzen dabei auch auf den Prozess zur Bewerbung zur Kulturhauptstadt 2025.“ sagt Gronemann. Ein dritter Bereich sei die positive Erfahrung mit der integrierten Stadtentwicklung. „Im Austausch mit den Menschen vor Ort wollen wir die Quartiere Pferdemarkt und Stern entwickeln, auch um unsere Innenstadt attraktiver zu machen. Zudem wollen wir den sozialen Wohnungsbau mit den Wohnungsbaugesellschaften anschieben.“

Kritisch sahen die grünen Mitglieder die Aussagen des Vertrages zum Flughafen, den Parkgebühren und Zielen, die noch nicht konkret umgesetzt würden, sondern über den Vertrag hinaus gehen. „Wir Grüne halten den Neubau des Flughafens weiterhin für überdimensioniert. Wir stellen uns aber nicht gegen die Entwicklung. Der Flughafen muss betriebswirtschaftlich auf die Beine kommen. Wenn er dies nicht schafft, bleibt ausdrücklich keine Option ausgeschlossen.“ sagt Mijatovic. Die Parkgebühren sollen mit den Partner\*innen betrachtet und eine Senkung auch um Außenbereich der Innenstadt geprüft werden. Bei anderen Projekten der Stadt müsse eine Planung erst anfangen. „Wir wollen neue Vorhaben angehen. Dazu gehören die Straßenbahn nach Harleshausen, die Herkulesbahn und auch die langfristige Lösung zur Stadtbibliothek. Es ist verständlich, dass es manchem unserer grünen Mitglieder nicht schnell genug geht.“ sagt Gronemann. Allerdings entwickle sich Politik auch mit dem laufenden Geschäft. „Wir gehen guten Mutes in die Zusammenarbeit der nächsten vier Jahre und werden die Stadt zuverlässig voranbringen.“

#### *Nicole Maisch, MdB*

#### **21.04.2017 - Tierleid beenden – Tierversuche durch tierfreie Alternativmethoden ersetzen**

Anlässlich des Internationalen Tags zur Abschaffung der Tierversuche am 24. April erklären Nicole Maisch, Sprecherin für Tierschutzpolitik, und Kai Gehring, Sprecher für Hochschule, Wissenschaft und Forschung: Die Anzahl der Tierversuche in Deutschland ist noch immer viel zu hoch. Nach wie vor werden jedes Jahr rund drei Millionen Tiere in deutschen Laboren für Versuche verwendet und getötet. Und das, obwohl

tierversuchsfreie Alternativmethoden, nicht nur deutlich weniger Tierleid verursachen, sondern auch zuverlässiger sind als Versuche an Tieren.

Die zuständigen Minister Schmidt und Wanka müssen das Leid im Versuchslabor beenden und endlich eine Gesamtstrategie zum schnellstmöglichen Ersatz von Tierversuchen vorlegen. Die bisherigen finanziellen Mittel, die die Bundesregierung zur Entwicklung und Anerkennung von Alternativmethoden zur Verfügung stellt, sind nur ein Tropfen auf den heißen Stein. Sie müssen dringend erhöht werden.

Die Zeit des politischen Nichtstuns muss vorbei sein. Wir fordern eine grundlegende Änderung des Tierschutzgesetzes. Denn Deutschland hat bei der Umsetzung der EU-Vorgaben zu Tierversuchen versagt. So hat die Bundesregierung Tierversuche, die mit starken Schmerzen, schweren Leiden oder Ängsten verbunden sind – sogenannte schwerst belastende Tierversuche – immer noch nicht, wie von der EU-Kommission gefordert, auf Ausnahmefälle beschränkt. Behörden in Deutschland haben zudem keine Chance, Tierversuche einer unabhängigen Kosten-Nutzen-Abwägung zu unterstellen.

Zum Hintergrund:

Ein von uns vergangenes Jahr in Auftrag gegebenes [Gutachten](#) hat 18 gravierende Mängel bei der Umsetzung der EU-Tierversuchsrichtlinie gezeigt, die die EU-Kommission momentan noch prüft.